

KONSUMENTENSTIMME

FAKTEN, ZAHLEN UND HINTERGRÜNDE ZU KONSUMENTENTHEMEN VON **COMPARIS.CH**



2 Gesundheitskosten

Gespräch mit
zwei Experten >



4 Eigenheim

Tiefe Zinsen –
hohes Interesse >



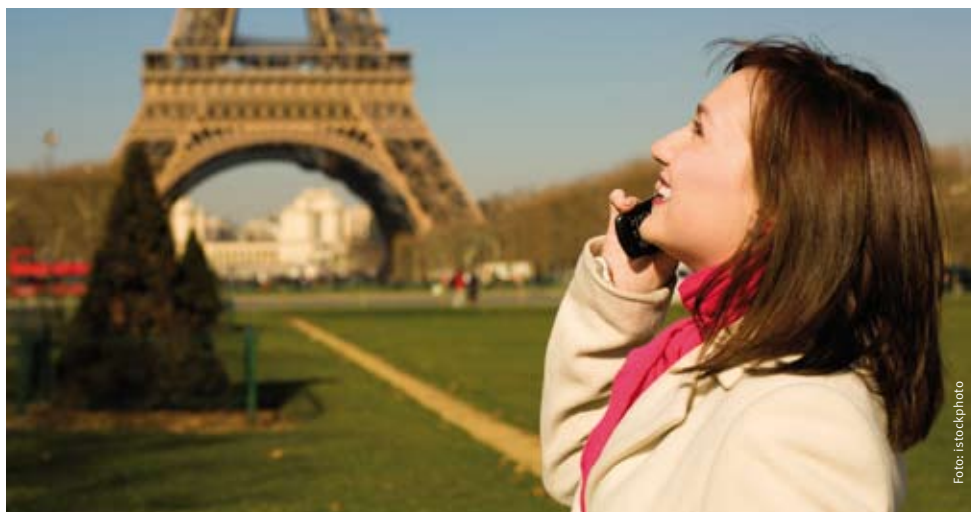
4 Managed Care

Unattraktiver
Vorschlag >

ABZOCKE BEIM TELEFONIEREN UND SURFEN IM AUSLAND

20 Franken für das Versenden eines Ferienfotos nach Hause! Überteuerte Gebühren beim Roaming sind immer wieder Grund für Ärger. Besonders akut ist das Thema, seit man mit den Handys aus dem Ausland nicht nur nach Hause telefonieren, sondern auch ins Internet kann.

Ralf Beyeler



Im Ausland ist das Surfen mit dem Handy richtig teuer.

Smartphones wie das iPhone sind ein Segen, da man damit neben Telefonieren und SMS schreiben auch unterwegs E-Mails abrufen und surfen kann. Die Schweizer Mobilfunkanbieter haben für die Konsumentinnen und Konsumenten spezielle Produkte im Angebot, die die Datenübertragung innerhalb der Schweiz relativ günstig machen. Für den mobilen Internet-Zugang bezahlt man zwischen 6 und 30 Franken für mindestens 100 MB.

Gerade im Ausland wäre es ja so praktisch, sich vom eigenen Handy durch eine fremde Stadt lotsen und die Daheimgebliebenen mit Fotos und Filmen an den Ferienerlebnissen teilhaben zu lassen. Aber Achtung: Die Preise fürs Surfen im Ausland entbehren jeglicher Realität: Fantasiepreise von 8 bis 15 Franken pro Megabyte sind üblich. Damit kostet ein

einfaches E-Mail mit Foto übers Handy nach Hause zu schicken schnell einmal 20 Franken oder mehr! Wer in der fremden Stadt mittels Stadtplan auf dem Handy ein Restaurant sucht, bezahlt die Zeche nicht nur beim Essen, sondern auch noch daheim, denn die Suche schlägt mit rund 20 Franken zu Buche.

Maximalpreise in der EU

Seit 2007 sind in der EU die Roamingpreise reguliert. EU-weit gelten Maximalpreise, zuzüglich MWSt. Ausgehende Gespräche kosten 43 Cent pro Minute (CHF 0.62), ankommende 19 Cent (CHF 0.27), ein SMS kostet 11 Cent (CHF 0.16). Zum Vergleich: Bei Swisscom kostet eine Minute 85 Rappen, bei den anderen Anbietern doppelt so viel. Ab 1. Juli werden EU-weit die Preise sogar noch gesenkt. (rb) •

Swisscom warnt die Kunden per SMS, dass das Surfen im Ausland teuer sei, das Ausmass der Kosten ist aber niemandem bewusst.

Kundenunfreundliche Optionen

Da gibt es nur eines: Finger weg vom Surfen mit dem Handy im Ausland. Wer nicht darauf verzichten will, sollte beim hiesigen Anbieter eine Option kaufen, mit der das Surfen zwar um ein Mehrfaches günstiger (z.B. Swisscom: CHF 2 pro MB statt CHF 10), aber immer noch viel zu teuer ist.

Auch wer mit dem Handy im Ausland «nur» telefoniert, kann gehörig in die Gebührenfalle tappen. So kostet ein 5-Minuten-Gespräch aus dem Ausland mit einem gängigen Swisscom-Handy 4.25 Franken, ein gleich langer Anruf in der Schweiz nur 50 Rappen. Teuer ist das Roaming auch, weil nicht nur ausgehende Gespräche, sondern auch eingehende Anrufe verrechnet werden. Immerhin: Der Empfang von SMS im Ausland ist gratis.

Auch SMS und Gespräche werden mit einer (kostenpflichtigen) Roaming-Option günstiger. Der Nachteil aller Optionen, sowohl fürs Telefonieren als auch für die Datenübertragung ist, dass der Konsument sich aktiv darum bemühen und auch daran denken muss, nach dem Auslandsaufenthalt die Option wieder zu sistieren. Je nach Anbieter wird die Gebühr für die Option nicht nur fällig, wenn man sein Handy im Ausland einsetzt, sondern jeden Monat. Kein Wunder, denken viele Kunden gar nicht daran, eine solche Option zu beantragen, bevor sie wegfahren. Das Resultat: Die Kunden werden gnadenlos abgezockt.

Es gibt keine Rechtfertigung für derart hohe Roaminggebühren. Der technische Aufwand ist praktisch derselbe, egal ob der Anruf von Zürich nach Bern oder von Mallorca nach Bern geht. Roaming ist in erster Linie leicht verdientes Geld für die Anbieter. •

«BIS JETZT GIBT ES ZU WENIG ANREIZE FÜR DIE VERSICHERTEN, DIE WAHLFREIHEIT AUFZUGEBEN»

Um den Anstieg der Gesundheitskosten zu dämpfen, werden verschiedene Lösungen diskutiert. Die Konsumentenstimme sprach mit den Gesundheitsökonom Urs Brügger und Harry Telser über Pflasterlipolitik, Managed Care, ihre Visionen für ein günstigeres Gesundheitswesen und die politische Machbarkeit.

Interview: Jonas Grossniklaus und Peter Dügge

Herr Brügger, Herr Telser, wenn Sie ohne Rücksicht auf politische Zwänge und mit dem Ziel, Kosten zu sparen, das Schweizer Gesundheitswesen reformieren könnten, was würden Sie ändern?

Urs Brügger Wenn das Ziel ist, die Kosten zu senken, würde ich erstens die Eigenverantwortung im Versicherungssystem stärken. Die Krankenkasse würde dann zu einer Grossrisikoversicherung und Versicherte müssten Leistungen bis zu einem Betrag von zum Beispiel 5000 Franken pro Jahr selber zahlen. Zweitens würde ich den Leistungskatalog überprüfen und teilweise reduzieren. Und drittens würde ich bei Managed Care und vor allem Disease-Management-Programmen, also bei strukturierten Behandlungsprogrammen für chronisch Kranke, ansetzen. Hier krankt es in der Schweiz an den finanziellen Anreizen für die Zusammenarbeit der Leistungserbringer. Hier braucht es eine Art Fallpauschale für chronisch Kranke.

Harry Telser Um Kosten zu sparen, sind das sicher sinnvolle Vorschläge. Ich würde aber eine andere Gewichtung vornehmen und die Versicherer stärken. Die Versicherer sind die Einzigen im Gesundheitssystem, die ein Interesse an Kostensenkungen haben. Die wichtigste Reform wäre für mich, den Risikoausgleich zu verbessern. Ohne diese Verbesserung werden alle anderen Reformen dazu verwendet, Risikoselektion zu betreiben. Zweitens würde ich den Kontrahierungszwang aufheben. Die Krankenkassen könnten also wählen, mit welchen Leistungserbringern sie zusammenarbeiten. Drittens sollten sich die Kantone aus der Leistungserbringung zurückziehen. Die Kantone haben zurzeit zu viele verschiedene Hüte an: Sie bieten Leistungen an, finanzieren Leistungen und sind Arbeitgeber. Hier gibt es sehr viel Leerlauf und Doppelspurigkeiten. Mit diesen Vorschlägen würde der Wettbewerb gestärkt und für die Versicherten gäbe es besser angepasste Leistungen.

Ist es realistisch Ihre Vorschläge umzusetzen und wenn ja in welchem Zeitraum?

Brügger Beim Leistungskatalog bräuchte es entsprechende wissenschaftliche Studien, um gute Entscheidungen zu fällen. Die Ein-



Prof. Dr. Urs Brügger, Gesundheitsökonom ZHAW

«Es ist eine Ungerechtigkeit, dass junge Familien, die knapp keine Prämienverbilligungen bekommen, so hohe Prämien zahlen müssen.»

führung einer Grossrisikoversicherung könnte man sehr schnell beschliessen und umsetzen. Allerdings sind beide Vorschläge kaum politisch durchsetzbar. Bessere finanzielle Anreize bei Managed Care wären am ehesten einführbar, hier müsste man allerdings intelligente Lösungen entwickeln und die Partikulärinteressen überwinden.

Telser Bei Managed Care hat es auch ein paar Hürden im Versicherungssystem. Ich denke an die Festlegung von Maximalrabatten für Managed-Care-Modelle. Chronisch Kranke und ältere Versicherte werden mit einem festgelegten Maximalrabatt nie einen Anreiz haben, in ein Managed-Care-Modell zu wechseln. Bei besonders teuren Fällen würde es sich für Versicherungen sogar lohnen, mehr Rabatt als die Krankenkassenprämie zu gewähren, da die Kostenersparnis so gross ist. Da gibt es eine klassische Überregulierung.

Da Ihre Vorschläge aufgrund der politischen Zwänge kaum so umsetzbar sind, wird es schwierig zu sparen.

Telser Ich sehe nicht so schwarz. Die Schweiz hat zwar ein teures Gesundheitssystem,

wir bekommen aber auch viel fürs Geld. Ich möchte mit keinem ausländischen System tauschen.

Welche Folgen wird Managed Care für den Konsumenten haben?

Telser Das hängt von der Ausgestaltung ab. In den USA gibt es Beispiele, bei denen Managed Care zu einer schlechteren Versorgung führte. In den Niederlanden gibt es hingegen Versicherungen, die sich auf chronisch Kranke spezialisiert haben.

Brügger Für Disease-Management-Programme gibt es Studien, die zeigen, dass die Qualität steigt und die Kosten sinken. Aber der Patient muss sich einem Regime unterwerfen, das ist der entscheidende Punkt. Bis jetzt gibt es zu wenig Anreize für die Versicherten, die Wahlfreiheit aufzugeben.

Sind die grossen Hoffnungen der Politik in Managed Care berechtigt?

Brügger Es ist sicher ein guter Ansatz. Die Gesundheitsversorgung ist fragmentiert und es gibt wenig Koordination. Was bei den bisherigen Managed-Care-Modellen der Krankenkassen fehlt, ist die Integration der

Spitäler. Diese sind der grösste Kostenblock im Gesundheitswesen. Ich bin auch nicht sicher, ob die neue Spitalfinanzierung zu einer Kosteneinsparung führt. Studien aus anderen Ländern zeigen, dass die Gesamtkosten nicht sinken, da man einfach mehr vor- oder nachgelagerte sowie insgesamt mehr ambulante statt stationärer Leistungen hat.

Managed Care ohne Spitäler: Fehlt da der Blick fürs Ganze?

Telser Ja, diese Pflasterlipolitik ist das Hauptproblem. Man sieht an einem Ort ein Problem und macht etwas dagegen, dafür steigen an einem anderen Ort die Kosten. Hier müsste man mit der grösseren Kelle anrichten. Das ist politisch aber nicht machbar.

Sind unsere hohen Gesundheitskosten nicht einfach auch eine Wohlstanderscheinung?

Brügger Die Bevölkerung ist etwas schizophr: Man regt sich jedes Jahr über den Prämienanstieg auf, wenn es dann aber darum geht ein Spital zu schliessen, will man das auch nicht. Oder man will auch die Wahlfreiheit nicht oder nur beschränkt aufgeben. Wie viel die Bevölkerung letztlich bereit ist, für die Gesundheit auszugeben, ist eine gute Frage. Offensichtlich ist Gesundheit ein wichtiges Thema in einer alternden Gesellschaft.

Telser Genau. Man kann es sich leisten und leistet es sich dann auch. Was mich stört, ist, dass die meisten Probleme durch das Versagen der Politik entstehen. Man setzt etwas schlecht um und wenn es nicht funktioniert, sucht man den Fehler beim Markt.

Ist die Einheitskasse eine Lösung?

Brügger Mit einer Einheitskrankenkasse spart man bei der Administration. Das können insgesamt vielleicht gut 100-200 Millionen Franken sein. Wenn aber im Gegenzug die Einheitskasse die Kosten noch weniger kontrolliert als jetzt und wir statt 25 neu sagen wir 30 Milliarden Kosten haben, spielen diese Einsparungen keine Rolle mehr. Im Moment mag es ein Pseudowettbewerb zwischen den Krankenkassen sein, aber ich glaube nicht, dass die Einheitskasse die Lösung ist. An der Finanzierung herumzubasteln, ohne dass man auf der Seite der Leistungen etwas macht, scheint mir ein wenig naiv.

Telser Es stellt sich die Frage nach der politischen Rolle der Krankenkasse. Diese kann eine Zahlstelle sein, die das Geld einzieht und wieder ausgibt. Dafür ist eine Einheitskasse die beste Lösung. Wenn aber eine Kasse die Kosten im Griff haben soll, dann braucht es ein System mit Wettbewerb.

Brügger Man könnte die Kosten mit einer Einheitskasse senken, wenn man gleichzeitig ein staatliches Gesundheitssystem einführen



Dr. Harry Telser, Gesundheitsökonom

«Die Pflasterlipolitik ist das Hauptproblem. Man sieht ein Problem und macht etwas dagegen, dafür steigen an einem anderen Ort die Kosten.»

würde wie in England zum Beispiel. Das würde aber zu Qualitätseinbussen führen, beispielsweise durch Wartezeiten für Operationen.

Telser Die Zwei-Klassen-Medizin wird in solchen Systemen gefördert. Wer es sich in England leisten kann, ist privat versichert und muss nicht monatelang auf eine Operation warten.

Kann eine Einheitskasse mit der Suva verglichen werden?

Brügger Nur teilweise: Die Verwaltungskosten sind erstens bei der Suva wesentlich höher. Zweitens zahlt die Suva zirka eine Milliarde Franken an Heilungskosten. Das Krankenkassensystem ist etwa 25-mal so gross. Ob da Effizienz noch möglich ist, ist fraglich. Drittens sind Unfälle ein abgegrenztes Gebiet. Krankheiten sind ein Sammelbecken von Problemen und wesentlich schwieriger zu managen als Unfälle. Viertens zahlt die Suva mehr für die gleichen Leistungen als die Krankenkassen. Jeder Arzt ist froh, wenn er über die Suva abrechnen kann, dann verdient er für die gleiche Leistung mehr Geld. Das zeigt, dass eine Einheitskasse trotz ihrer Marktmacht kaum bessere Tarife aushandeln würde.

Eine vierköpfige Familie in der Stadt Zürich zahlt zurzeit zwischen 8'000 und 10'000 Franken Krankenkassenprämien. Wie viel muss sie in zehn Jahren bezahlen?

Brügger Bei einem jährlichen Kostenanstieg von 5 Prozent wären das in zehn Jahren fast 17'000 Franken. Ich hoffe aber, dass man hier politisch Gegensteuer gibt. Es ist eine Ungerechtigkeit, dass junge Familien, die knapp

keine Prämienverbilligungen bekommen, so hohe Prämien zahlen müssen. Das führt zu einer Umverteilung von Jung zu Alt. Heute haben Ältere im Durchschnitt mehr Geld als früher. Dass junge Familien für sie bezahlen, ist ein Systemfehler.

Telser Eine unserer Studien zeigt, dass zurzeit 4,5 Milliarden Franken von den unter 60-Jährigen zu den über 60-Jährigen umverteilt werden. Im Jahr 2030 werden es 10 bis 12 Milliarden sein. Eine Lösung wären hier altersabhängige Prämien. Um die finanzielle Belastung aller Versicherten in Zukunft zu verkleinern, sollten die Leute die Wahlfreiheit haben. Wenn sie sich einschränken wollen, müssen sie dann mit einem entsprechenden Versicherungspaket nur 10'000 statt 17'000 Franken Prämien bezahlen. •

Prof. Dr. Urs Brügger studierte und doktorierte an der HSG. Seit 2003 leitet er das Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie der ZHAW School of Management and Law. Zudem sitzt er seit 2009 für die FDP im Winterthurer Gemeinderat.

Dr. Harry Telser studierte und doktorierte an der Universität Zürich. Seit 2003 arbeitet er am Sozialökonomischen Institut der Uni Zürich. Seit 2007 ist er auch Leiter des Bereichs Gesundheitsökonomie und Mitglied der Geschäftsleitung des Beratungsunternehmens Polynomics. Weiter ist Telser Stiftungsrat des Spitals Einsiedeln. •

HÖHERES INTERESSE AN EIGENHEIMEN

8 Prozent aller Mieterinnen und Mieter sind aktiv auf der Suche nach etwas Eigenem zum Wohnen. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts Demoscope im Auftrag von comparis.ch. Befragt wurden über 2700 Mieter. Ausschlaggebend sind die sehr tiefen Hypothekarzinsen bei der Hälfte der Mieter, die auf der Suche nach einem Eigenheim sind.

Das attraktive Zinsumfeld ist oft der Anlass, sich vermehrt mit dem Kauf von Wohneigentum zu befassen, aber der Wunsch nach einem Eigenheim hat meist tiefer liegende Motive. 31 Prozent der befragten Mieter mit Kaufabsicht wollen mit dem Kauf von Immobilien ihr Geld sinnvoll anlegen, 20 Prozent ist die eigene Unabhängigkeit am wichtigsten. Ein weiterer wichtiger Grund sind veränderte Familienverhältnisse. Erst an vierter Stelle folgen die tiefen Zinsen. (läm) •

Steigende Zinsen werden zum Problem

Steigen die Hypothekarzinsen um 3 Prozentpunkte, können 32 Prozent der Hypothekarschuldner die Zinsen nur noch mit Einschränkungen bezahlen. 17 Prozent könnten die Zinsen gar nicht mehr bezahlen. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage bei 1212 Hypothekarschuldnern in der ganzen Schweiz. Damit die Wohneigentümer ihren Pflichten auch bei höheren Zinsen weiterhin nachkommen können, würden sie sich bei anderen Ausgaben einschränken: 55 Prozent würden die Ausgaben für Ferien und Ausflüge reduzieren, 21 Prozent würden beim Auto sparen und 17 Prozent würden weniger Geld für Restaurantbesuche ausgeben. (läm) •

Weitere Informationen:

www.comparis.ch/konsumentenstimme

Foto: istockphoto



Dank tiefer Zinsen ist ein Hauskauf attraktiv.

Reiseversicherungen vergleichen

Bereits ab zwei Auslandsreisen pro Jahr lohnt sich eine Reiseversicherung, die sowohl einen Annullationschutz als auch eine Personen-Assistance beinhaltet. Mit einer solchen Versicherung kann man sich gegen die finanziellen Folgen von Krankheiten, Unfällen und Naturkatastrophen absichern. Eine Reise kann durch unvorhergesehene Ereignisse schneller ins Wasser fallen als einem lieb ist. Auf der Website von comparis.ch ist seit kurzem ein Reiseversicherungs-Vergleich aufgeschaltet, der über die Angebote und Preise verschiedener Anbieter von Jahres-Reiseversicherungen informiert. (läm) •

Preisentwicklung bei Immobilien

Es kommt immer wieder vor, dass der Verkaufs- oder Mietpreis von Objekten nach oben oder unten angepasst wird. Kostet die Wohnung, die vor einem Monat zwar als attraktiv, aber zu teuer taxiert wurde, plötzlich weniger, ist dies eine wertvolle Information für die Wohnungssuchenden. Die Immobilien-suchmaschine von comparis.ch informiert nicht nur über die neusten Angebote zum Mieten oder Kaufen auf dem Schweizer Immobilienmarkt, sondern zeigt auch auf, wenn sich die Preise der ausgeschriebenen Objekte verändern. Empfänger von Suchabos erhalten dann eine Mitteilung. (läm) •

Knebelvertrag bei Managed-Care-Modellen

Bis zu 3 Jahre Vertragsdauer bei Managed-Care-Modellen in der Grundversicherung. Dies ist der Vorschlag der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit bei der Detailberatung zur Teilrevision des Bundesgesetzes zur Krankenversicherung. Ein ausserordentlicher Wechsel des Versicherers soll nur möglich sein bei «überdurchschnittlichen Prämien erhöhungen im Kanton», bei «wesentlichen» Änderungen der Versicherungsform oder gegen Bezahlung einer vertraglich vereinbarten Austrittsprämie. Für die Konsumenten kommt dieser Vorschlag einem regelrechten Knebelvertrag gleich. Die Formulierung der Wechselgründe ist so ausgelegt, dass davon vor allem die Versicherungsgesellschaften profitieren. Am Konsumenten liegt es wohl nicht zu bestimmen, wann eine Prämienhöhung «überdurchschnittlich» sei. Diese Regelungen werden vor allem eine Wirkung haben: die förderungswürdigen Managed-Care-Modelle werden für Versicherte unattraktiver. (läm) •

Best of Swiss Web

Die «Best of Swiss Web Association» hat anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des «Best of Swiss Web»-Preises auch die beste Schweizer Website aller Zeiten juriert. In dieser «Simply the Best» benannten Kategorie konnte sich comparis.ch die Silbermedaille sichern. Gold ging an die SBB mit ihrem Webauftritt. Mit dem Spezialpreis wollte die Jury die Klassiker der Schweizer Webgeschichte auszeichnen. Gesucht waren einheimische Websites, die sich in ihrer Funktion durchgesetzt haben und die heute nicht mehr wegzudenken sind – Webprojekte mit langfristigem Erfolg, Schweizer Identität, Einzigartigkeit, Beliebtheit oder klarer Vorreiterrolle. Offensichtlich erfüllte die Website des Internet-Vergleichsdiensts alle diese Voraussetzungen. (läm) •

Impressum

Herausgeber

comparis.ch
Stampfenbachstrasse 48
CH-8006 Zürich

© 2010 comparis.ch

Redaktion

Ralf Beyeler, Peter Dügge, Jonas Grossniklaus,
Gabi Lämmli, Christian Schmelter

Telefon: +41 (0)44 360 52 62

Telefax: +41 (0)44 360 52 72

www.comparis.ch/konsumentenstimme
redaktion@comparis.ch